

**Schlusserklärung der Teilnehmer/-innen der
Aktionskonferenz „Leiharbeit - verhindern, begrenzen,
gestalten“ am 5. März 2008**



Prekäre Beschäftigungsverhältnisse breiten sich in Deutschland wie eine Epidemie aus. In immer mehr Branchen greifen Beschäftigungsformen um sich, deren Entlohnung zum Leben nicht ausreicht, und die eine Erosion sozialer Schutzrechte der Beschäftigten bedeuten: Ein-Euro-Jobs, Mini- und Midi-Jobs, Arbeit unter Tarif, befristete Beschäftigung und mit Riesenschritten auf dem Vormarsch: Leiharbeitsverhältnisse.

Denn: Längst gehen Unternehmen dazu über, Leiharbeit nicht nur zum Abfedern von Auftragsspitzen zu verwenden, sondern Dauerarbeitsplätze dadurch zu ersetzen. Ihr Motto lautet dabei : Volle Ausübung des unternehmerischen Direktionsrechts bei minimalem unternehmerischen Risiko! Umgehung des Kündigungsschutzes, Auslagerung des Beschäftigungsrisikos, keine Alterssicherung, dies sind nur einige Stichworte, die verdeutlichen, wie Leiharbeit hilft, Unternehmerträume wahr werden zu lassen.

Die Arbeits- und Lebensrealität ist für die Betroffenen eine andere als in jubelnden Medienberichten über den „Jobmotor Leiharbeit“. Für die meisten Beschäftigten ist sie die einzige Alternative zur Arbeitslosigkeit, engmaschig verknüpft mit der Hoffnung auf Übernahme in ein geregeltes Beschäftigungsverhältnis. Ihre Wirklichkeit ist geprägt von einem Einkommen im Schnitt von weniger als 50% der nach Tarifvertrag Entlohten, permanenter Existenzangst und Zukunftsunsicherheit, schlechteren Arbeitsbedingungen, tiefen Einschnitten in die individuelle Lebensplanung (z.B. fehlende Basis zur Familiengründung und zur Schaffung von Wohneigentum), dem ständigen Gefühl, nur „Arbeiter 2. Klasse“ zu sein und dem extremen Risiko von Altersarmut, um nur einige Aspekte zu benennen.

Leiharbeit übt auch Druck auf die Stammbeschäftigten in Normalarbeitsverhältnissen aus und schwächt die Interessenvertretung durch Betriebsrat und Gewerkschaft. Sie wird genutzt zur Erosion tariflicher, rechtlicher und sozialer Standards.

Wir, die Teilnehmer/-innen der heutigen Aktionskonferenz haben sich eingehend mit dem Thema befasst und meinen, dass es dringend an der Zeit ist, Leiharbeit öffentlich als das zu benennen, was sie darstellt: ein gesellschaftlicher Skandal.

Dies verlangt deutliche Korrekturen mit der ungehemmten Deregulierung von Leiharbeit durch die Politik. Um die Regierungsparteien zu den notwendigen Korrekturen zu bewegen, brauchen wir Druck in den Betrieben und in der Öffentlichkeit.

In diesem Sinne verpflichten wir uns, die Beschäftigten in den Betrieben über die Probleme und Nöte der in Leiharbeit Beschäftigten zu informieren, und sie darüber aufzuklären, dass die Ausbreitung prekärer Beschäftigungsformen auch den Interessen der Stammbeschafteten schadet. Um Leiharbeit zu **verhindern** müssen wir das Problem in den Betrieben offensiv angehen.

Wir werden in den nächsten Wochen in den Betrieben die offensive Auseinandersetzung mit Unternehmen und Management suchen mit dem Ziel, Leiharbeit auf ein Mindestmaß zu **begrenzen**, sowie entsprechende Bestimmungen in anstehenden oder laufenden Verhandlungen um Standortsicherungsvereinbarungen sowie Ergänzungstarifverträgen aufnehmen, um weiteren Wildwuchs zu verhindern.

Ausdrücklich betonen wir dabei, dass sich die Kampagne nicht gegen die in Leiharbeitsverhältnissen Beschäftigten richtet, sondern dass wir ihnen die Tore weiter öffnen wollen zu einer Tätigkeit in einem normalen, unbefristeten Beschäftigungsverhältnis. Wir werden diesen Weg nicht für sie, sondern alleine mit ihnen erfolgreich **gestalten** können. Dies setzt voraus, dass wir sie als Mitglieder der IG Metall gewinnen und in die Auseinandersetzung um Übernahme und bessere Entgelt- und Arbeitsbedingungen einbeziehen. Auf dem Weg dahin werden wir sie mit Beratung und Serviceleistungen unterstützen, und ihnen deutlich machen, dass wir uns als Betriebsräte und IG Metall für ihr Schicksal zuständig und verantwortlich fühlen.

Denn es geht allen Beteiligten um nicht mehr und nicht weniger als den Erhalt lang erkämpfter tariflicher, sozialer und rechtlicher Standards. Es muss der Grundsatz gelten: Gleiches Geld für Gleiche Arbeit.